Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. P[illegible] in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 461. Dienstag den 29. December 1891. 85. Jahrgang.

Im Interesse rechtzeitiger und vollständiger Lieferung des **Leipziger Tageblattes** wolle man das Abonnement baldgefälligst erneuern. Der **Abonnementspreis** beträgt wie bisher pro Quartal **4 Mk. 50 Pf.**, incl. Bringerlohn für zweimaliges tägliches Zutragen **5 Mk. 50 Pf.**, durch die Post bezogen **6 Mk.**

In Leipzig nehmen Bestellungen entgegen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie

die Hauptexpedition: Johannesgasse 8,
die Filialen: Katharinenstraße 14, Königsplatz 7 und **Universitätsstraße 1.**

Ferner kann in nachfolgenden **Ausgabestellen** das Leipziger Tageblatt — zum Preise von **4 Mk. 50 Pfg.** für das I. Quartal 1892 — **abgeholt** werden:

Arndtstraße 35 Herr **E. O. Kittel,** Colonialwaarenhandlung.
Beethovenstraße 1 Herr **Theod. Peter,** Colonialwaarenhandlung.
Brühl 80 (Ecke Goethestraße) Herr **Herm. Messke,** Colonialwaarenhandlung.
Frankfurter Straße 11 Herr **Ernst Mros,** Colonialwaarenhandlung.
Löhrstraße 15 Herr **Eduard Hetzer,** Colonialwaarenhandlung.
Marschnerstraße 9 Herr **Paul Schreiber,** Drogengeschäft.
Nürnberger Straße 45 Herr **M. E. Albrecht,** Colonialwaarenhandlung.
Peterskirchhof 5 Herr **Max Nierth,** Buchbinderei.
Pfaffendorfer Straße 1 Herr **Fritz Weber,** Colonialwaarenhandlung.
Rauftsches Gäßchen 6 Herr **Friedr. Fischer,** Colonialwaarenhandlung.
Rauftädter Steinweg 1 Herr **O. Engelmann,** Colonialwaarenhandlung.
Schützenstraße 5 Herr **Jul. Schümichen,** Colonialwaarenhandlung.
Westplatz 32 Herr **H. Dittrich,** Cigarrenhandlung.
Yorkstraße 32 (Ecke Berliner Straße) Herr **G. Janke,** Colonialwaarenhandlung.
Zeitzer Straße 35 Herr **V. Küster,** Cigarrenhandlung.

in **Anger-Crottendorf** Herr **Robert Grelner,** Zweinaundorfer Straße 18.
„ **Connewitz** Frau **Fischer,** Hermannstraße 23, 1. Etage.
„ **Gohlis** Herr **Th. Fritzsche,** Mittelstraße 5.
„ **Lindenau** Herr **Ed. F. Müller,** Wettiner Straße 51.
in **Neustadt** Herr **F. Heber,** Eisenbahnstraße 5.
„ **Plagwitz** Herr **M. Grützmann,** Zschochersche Straße 7a.
„ **Reudnitz** Herr **W. Fugmann,** Marschallstraße 1.
„ „ Herr **Bernh. Weber,** Mützengeschäft, Leipziger Straße 6.
in **Thonberg** Herr **R. Häntsch,** Reitzenhainer Straße 58.

Leipzig, 29. December.

* Der Bundesrath wird voraussichtlich am Ende der ersten Januarwoche seine Arbeiten wieder aufnehmen. Allem Anschein nach wartet seiner noch einer Reihe wichtiger Arbeiten. Wie wiederholt berichtet worden, wird dazu eine Erweiterung des Strafgesetzbuches gehören, die sich, wie die „Magdeburger Zeitung" wissen will, nicht nur auf das Zuhälterwesen beschränken, sondern auch andere Fragen berühren soll. Es gehören dazu vor Allem verschärfte Bestimmungen gegen die Verbreitung unsittlicher Schriften, womit die seiner Zeit mitgetheilten Anträge Braunschweigs ihre Erledigung finden sollen. Es wird vermuthet, daß auch mit diesen Dingen die Ministerberathungen der letzten Tage befaßt waren. Wirksame Maßregeln zur Bestrafung jugendlicher Verbrecher bilden seit einiger Zeit den Gegenstand sehr eingehender Berathungen der zuständigen Kreise. Man ist auf Grund eingeforderter Gutachten an den entscheidenden Stellen der Ansicht, daß die bisherigen Strafartikel als ausreichend nicht zu erachten sind und die Zwangserziehung in weiterem Umfange heranzuziehen sei. In dieser Beziehung hat ein Gutachten einer besonderen Commission der zweiten Versammlung der internationalen criminalistischen Vereinigung große Beachtung gefunden. Danach soll die Strafmündigkeit mit dem 16. Lebensjahre beginnen und der jugendliche Verbrecher staatlich überwachten Erziehungsanstalten übergeben werden. Bei Begehung strafbarer Handlungen durch Personen im Alter von 16 bis zu 20 Jahren soll es dem Richter anheimgegeben sein, auf Strafe oder auf Zwangserziehung zu erkennen. Auch der Vollzug der Freiheitsstrafen ist vielfachen neuen Einrichtungen entgegengeführt.

* Die Vorlage wegen der Verwendung des Welfenfonds ist fertig ausgearbeitet und wird dem preußischen Abgeordnetenhause so bald wie irgend möglich zugehen. Vorbedingung ist indessen die Bewilligung der im Reichsetat geforderten Erhöhung des Fonds des auswärtigen Amts zu geheimen Ausgaben von 48 000 auf 500 000 ℳ. Die Bewilligung dieser Summe betrachtet man als gesichert, und der Einbringung der erwähnten Vorlage im preußischen Landtag stände somit nichts im Wege. Es wird bestätigt, daß die Verwendungszwecke für die Einnahmen aus dem Welfenfonds fast ausschließlich im Gebiete von Interessen der Provinz Hannover liegen.

* Zum preußischen Etat für 1892/93 schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten":

Daß der Staatshaushaltsetat für 1892/93 nur bei sorgsamster Sparsamkeit und bei Zurückstellung aller nicht unbedingt nothwendigen Mehrausgaben balancirt, ist nach der Entwickelung der auf den Etat hauptsächlich einwirkenden Verhältnisse und vor Allem der Staatseinnahmen nicht befremdlich. Die im Vergleich zu früheren Jahren minder günstigen Ergebnisse der Staatsbahnverwaltung in dem Jahre 1890/91 beruhen, wie seinerzeit von dem Herrn Finanzminister mitgetheilt ist, zum Theil auf Momentan dauernder Natur. Die Wirkungen der letzteren werden durch diejenigen der Tarifänderungen verstärkt, welche aus volkswirthschaftlichen und socialpolitischen Rücksichten neuerlich angeordnet sind. Wie die Hauptursache der minder günstigen finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnverwaltung nicht in einer Verminderung der Betriebseinnahme, sondern in einer Vermehrung der Betriebskosten liegt, so dürften ohne Frage auch die anderen, in eigener Regie betriebenen fiscalischen Betriebe, vor Allem die Bergwerks- und die Forstverwaltung aus ähnlichen Gründen niedrigere Ueberschüsse liefern, wenn auch der Rückgang nicht gleich groß sein möchte. Dieselben Gründe, welchen der heilige Rückgang der Reichsstempelabgaben zuzuschreiben ist, wirken auch auf die Erträge der preußischen Stempelabgaben und zwar sowohl auf diejenigen, welche im Etat der indirecten Steuern, als auf diejenigen, welche im Justizetat in Erscheinung treten, ungünstig ein. Dagegen wird der preußische Staatshaushalt durch die Verminderung der Zolleinnahmen infolge der Handelsverträge, auch wenn diese bereits in dem Reichshaushaltsetat für 1892/93 berücksichtigt werden, nur sehr unwesentlich berührt, weil der Hauptausfall auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Zölle liegt, mithin in Folge der lex Huene nicht den Staat, sondern die Kreise trifft. Den vorstehend skizzirten Einnahmeverminderungen stehen Einnahmevermehrungen nur in sehr geringem Maße gegenüber. Vor Allem soll bekanntlich die Steuerreform keineswegs für den Etat verfügbare Mehreinnahmen liefern. Stehen bei einer solchen wenig günstigen Entwickelung der Staatseinnahmen neben der regelmäßigen Steigerung der Ausgaben noch besondere Mehrbedürfnisse, wie z. B. zur Aufbesserung des Einkommens der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten, in Aussicht, so erhellt, daß nur bei äußerster Sparsamkeit das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben für 1892/93 aufrecht zu erhalten ist.

* Der Pariser „Figaro" bringt folgende Mittheilung:

In den Hofkreisen Berlins erzählt man, der Kaiser habe bei Gelegenheit eines im Neuen Palais stattgefundenen Mahles dem General von Caprivi unter Erwähnung des dem Letzteren für seine Verdienste um das Zustandekommen der Handelsverträge verliehenen Grafentitels gesagt: „Füge es Gott, daß ich Sie auch mit dem Titel eines Fürsten zu ehren habe, um Ihnen für einen neuen großen Sieg zu danken, nicht für einen Sieg auf dem Schlachtfelde, sondern für einen Sieg auf dem Friedensboden des Fortschrittes Deutschlands in seinen internationalen Beziehungen."

Da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Bericht als immerhin „bemerkenswerth" an hervorragender Stelle abdruckt, theilen wir ihn auch unseren Lesern mit.

* Der Bochumer Steuerproceß kommt am 8. Januar in Essen zur nochmaligen Verhandlung.

* Die Leiter des Buchdruckerstreiks hatten sich Mangels genügender Geldmittel vor dem Weihnachtsfest an den Vorstand der socialdemokratischen Partei mit dem Ersuchen gewandt, ihnen zur Unterstützung der Streikenden 18 bis 20 000 ℳ aus der Parteicasse zu bewilligen, unter der Bedingung späterer Rückzahlung. Der Parteivorstand schlug dieses Ansuchen rundweg ab. Dieses Verhalten deckt sich mit der Erklärung Liebknecht's im sächsischen Landtag, daß der Streik der Buchdrucker eine Dummheit sei. Den Führern der Buchdruckerbewegung gelang es schließlich, ein paar Tausend Mark bei einem vermögenden Socialisten aufzutreiben. Im vorigen Jahre sprang die socialdemokratische Parteileitung den streikenden Cigarrenmachern in Hamburg bei, indem sie ihnen insgesammt 200 000 ℳ darlehnsweise bewilligte. Ein Theil dieses Geldes wurde zur Gründung einer Tabakarbeiter-Genossenschaft verwandt. Der Parteivorstand half den Hamburgern, weil dort der Sitz der centralisirten Gewerkschaften ist.

* * *

* Wie uns aus Wien berichtet wird, erfolgt die Beeidigung des neuen Ministers Grafen Kuenburg, die anfangs für Montag in Aussicht genommen war, erst in einigen Tagen. Der Aufschub erklärt sich dadurch, daß sich der Kaiser zu Hochwildjagden nach Mürzsteg begiebt.

* Die dem deutschen Schulverein in Wien nachgebildete „Ustredni matice skolska", welche sich in etwa 200 Ortsgruppen gliedert, unterhielt im abgelaufenen Jahre ein vollständiges Obergymnasium, 31 Volksschulen und 32 Kindergärten. Das Gymnasium bestand aus 8 Classen mit 10 Abtheilungen; die Volksschulen hatten zusammen 64 Classen mit 70 Abtheilungen, die Kindergärten 42 Abtheilungen. Die Zahl der Schüler betrug am Gymnasium 302, an den Volksschulen 3300, an den Kindergärten 2475, zusammen 6077. Ueberhaupt hat der czechische Schulverein bisher 2 Obergymnasien und über 80 Volksschulen und Kindergärten errichtet; ein Obergymnasium hat der Staat übernommen, etwa 20 Volksschulen haben deutsche Gemeinden übernehmen müssen. Nicht um das czechische Sprachgebiet zu schützen — dasselbe bedarf ganz und gar keines Schutzes —, sondern um es auf Kosten des deutschen Volkes nach allen Richtungen hin zu erweitern, ist der Verein von czechischen Führern gegründet worden. Er sucht sein Ziel auf dreifache Weise zu erweitern: erstens trachtet er darnach, die zahlreichen deutschen Sprachinseln zu gewinnen, zweitens sucht er die Sprachgrenze des czechischen Stammes weiter hinauszuschieben, und drittens bemüht er sich, das rein deutsche Gebiet mit slawischen Elementen zu durchsetzen. Fast in allen deutschen Sprachinseln Böhmens und Mährens hat der czechische Schulverein sowohl Kindergärten als auch Volksschulen errichtet, besonders im Brünner, Olmützer, Iglauer und Budweiser Gebiet. Durch diese Anstalten sollen den czechischen Minderheiten feste Stützpuncte geschaffen werden. An der Sprachgrenze hat der Verein besonders die Gegend von Krumau, Prachatitz, Bergreichenstein, Taus, Bischofteinitz, Pilsen, Mies, Manetin, Postelberg, Trebnitz, Saaz, Leitmeritz, Liebenau, Trautenau u. s. f. zum Schauplatze seiner Thätigkeit ausersehen. Wo nur 30 oder noch weniger czechische Schulkinder in einem Orte vorhanden waren, da wurde ein czechischer Kindergarten und eine czechische Volksschule errichtet. Mit Mitteln selbst der verwerflichsten Art hat man die überflüssigen Anstalten gefüllt, leider auch durch Aufnahme deutscher Kinder. Im geschlossenen deutschen Sprachgebiete hat der czechische Schulverein eine besonders reiche Thätigkeit entfaltet. So giebt es heute in Teplitz, Dux und Brüx czechische Schulen mit je 500 Kindern, die in Osseg zählt über 250 Schüler. Es wird diesen alten deutschen Orten schon jetzt ein halb czechisches Gepräge aufgedrückt. Der czechische Schulverein würde nicht im Stande gewesen sein, so viel Anstalten zu errichten und zu erhalten, wenn er nicht durch den reichen böhmischen Adel, durch die Geistlichkeit und die czechischen Geldinstitute fortlaufend mit bedeutenden Summen unterstützt worden wäre.

* Für das Jahr 1893 planen die Czechen eine große Ausstellung für czechische Volkskunde in Prag. In allen größeren Orten Böhmens, namentlich in Prag, Pilsen, Budweis, Jungbunzlau und Kuttenberg, sollen Zweig-Ausschüsse gebildet werden. Auch Mähren soll herangezogen werden. Hier gedenkt man Zweig-Ausschüsse zu errichten in Brünn für das westliche und südliche Mähren, in Olmütz für die Hanna, in Ungarisch-Hradisch für die mährische Slowakei und in Wsetin für die mährische Walachei. Die Wirkung, welche schon die Agitation für diese Ausstellung in nationaler Beziehung haben muß, liegt auf der Hand. Was setzen die Deutschen solchen czechischen Unternehmungen entgegen?

* Das ungarische Oberhaus hat sämmtliche Handelsverträge, sowie die Viehseuchen- und Musterschutzconventionen angenommen. Ministerpräsident Graf Szapary theilte mit, daß der König den Vorschlag der Regierung, betreffend die Auflösung des Abgeordnetenhauses, genehmigt habe.

* Aus der französischen Deputirtenkammer wird vom 28. December berichtet:

Der Abgeordnete Millevoye, welcher trotz seines Unwohlseins in der Kammer erschien, richtete an den Minister des Auswärtigen Ribot die bereits angekündigte Interpellation, betreffend die Verhaftung und Ausweisung Chadournes aus Bulgarien. Der Interpellant hob hervor, daß der einzige Beweggrund, welcher die bulgarische Regierung bei dieser Maßregel geleitet habe, unzweifelhaft der Wunsch gewesen sei, sich eines der gegenwärtigen Regierung unbequemen Augenzeugen zu entledigen. Er beglückwünsche Ribot zu seinem Verhalten. Die Regierung in Sofia habe die Capitulationen verletzt und damit den Versuch gemacht, eine Probe zu legen, mittelst deren sie weitere Usurpationen vornehmen könne. Die diplomatische Action sei jetzt von Sofia nach Konstantinopel verlegt. Minister Ribot erwiderte, Bulgarien sei kein unabhängiger Staat, sei vielmehr der Suzerainität des Sultans unterworfen und verpflichtet, die Capitulationen zu respectiren. Bulgarien könne nicht aus eigener Machtvollkommenheit einen Ausländer ausweisen, es könne überhaupt keinen Act dieser Art vollziehen ohne Mitwirkung des betreffenden Consuls. Wenn die bulgarische Regierung Anlaß zu Beschwerden habe, so brauche sie dieselben nur der französischen Regierung zur Kenntniß zu bringen. Uebrigens habe nicht Frankreich allein Grund, sich über das Verhalten der bulgarischen Regierung zu beschweren. Deutschland, Griechenland und Italien hätten ebenfalls zu gerechten Reclamationen Anlaß gehabt. Das erste Chadourne betreffende Vorkommniß habe sich im April ereignet. Man habe damals gegen ihn einen Ausweisungsbefehl erlassen, der diplomatische Agent von Frankreich habe jedoch dagegen reclamirt und vom italienischen Consul, als Doyen des Consular-Corps, sei diese Reclamation unterstützt, der Ausweisungsbefehl sei in Folge dessen zurückgenommen worden. Einige Monate später sei der Befehl wiederholt, Chadourne verhaftet und am 9. d. M., ohne daß der französische Consul davon benachrichtigt worden wäre, ausgewiesen worden. Der französische diplomatische Agent habe sich niemals seiner Pflicht entzogen, sondern erklärt, daß er bereit sei, jede Klage der bulgarischen Regierung entgegenzunehmen. Die von der bulgarischen Regierung ertheilte Antwort sei nicht zufriedenstellend gewesen, der diplomatische Agent Frankreichs sei daher aufgefordert worden, alle Beziehungen anzubrechen. Frankreich müsse Genugthuung erhalten, er werde das Erforderliche thun ohne Ueberstürzung, aber auch ohne Schwäche. (Beifall.) Deville-Maillefeu äußerte, er kenne Stambulow nicht, er sehe aber in ihm den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Bulgariens. (Gelächter.) Er halte die mitgetheilten Thatsachen für stark übertrieben, die bulgarische Bevölkerung strebe nach Freiheit, ihr Minister habe weder Grausamkeiten noch Gewaltthätigkeiten begangen, ebenso wenig sei Blut vergossen worden. (Lärm.) Millevoye protestirte gegen die Ausführungen Deville-Maillefeu's, welche mit der Wahrheit im Widerspruch ständen. Deville-Maillefeu erwiderte, Millevoye sei krank. (Erneuter Lärm.) Die weitere Erörterung der Angelegenheit wird vertagt. — Die Kammer nahm die Berathung der vom Senate abgeänderten Zolltarife wieder auf.

* Nach einer Meldung aus Paris leugnet das französische Colonialamt, daß Brazza nach dem Tschadsee ziehe; er sei wohl im Innern, doch blos an der Spitze von 200 Leuten, darunter nur zwanzig Soldaten. „Eclair" hält dem gegenüber die gestrige Mittheilung über Brazza's Tschadsezug und die Stärke seiner Truppe voll aufrecht.

* Die „Köln. Ztg." meldet aus Petersburg: Der Behauptung, daß Großfürst Sergei als Generalgouverneur von Moskau zurücktreten wolle, wird neuerdings hinzugefügt, Großfürst Constantin Constantinowitsch sei als sein Nachfolger ausersehen; auch wird Graf Paul Schuwalow als solcher genannt. — Nach der „Correspondance Russe" hat die Stadtverwaltung von St. Petersburg in dem Festsaale des dortigen Rathhauses die Büste des Präsidenten der französischen Republik, Carnot, aufstellen lassen. — Aus derselben Quelle kommt die (wohl ungenau formulirte) Nachricht, der russische Kriegsminister, Wannowski, habe dem höchsten Kriegsrath die Abschaffung eines vom Kaiser Nicolaus I. eingeführten Gesetzes vorgeschlagen, nach welchem deutschen Officieren zu Studienzwecken active Commandostellen in russischen Regimentern gewährt werden können. — Wie der „Post" von betheiligter Seite geschrieben wird, hat das Moskauer General-Gouvernement es abgelehnt, den dort noch verbliebenen Juden die Aufenthaltsscheine zu verlängern. In den Gouvernements Wilna und Kiew wird die Ausweisung aus den Dörfern jetzt streng durchgeführt, ebenso die Ausweisung der Juden aus solchen Orten, die fünfzig Werst von der Reichsgrenze entfernt sind, speciell in den Gouvernements Bessarabien und Podolien. Infolgedessen währt die Emigration ungeschwächt fort.

* Der König von Schweden verbrachte zum Montag eine recht gute Nacht. Temperatur gestern 37,8, Puls 68, heute war die Temperatur 37 und Puls 60. Der Husten hat sich etwas gemindert. Dem Kronprinzen ist während der Krankheit des Königs die Regentschaft übertragen.

* Die Umgestaltung des italienischen Cabinets durch Aufnahme eines Mitgliedes der Gruppe Giolitti ist bevorstehend. — Die vom Justizminister vorgeschlagene Amnestie für eine Reihe von Duellverbrechen ist vom italienischen Kronrath zurückgewiesen worden.

* Der officiöse „Italie" zufolge haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika und Italien im Princip über die Entschädigung geeinigt, welche den Familien der im Gefängnisse von New-Orleans gelynchten Italiener gebührt. Die Vertreter der beiden Regierungen hätten sich auch schon über die Höhe der Entschädigungssumme geeinigt und die ganze Angelegenheit werde daher demnächst geregelt werden.

* Nach einer Meldung des Pariser „Journals des Débats" aus Rom hätte der Papst gegen den Abt der brasilianischen Benedictiner die Großexcommunication und gegen den päpstlichen Nuntius in Rio de Janeiro die Abberufung in Ungnaden verfügt, weil dieselben angesichts der von der brasilianischen Regierung getroffenen kirchenfeindlichen Maßnahmen eine den Interessen der Kirche zuwiderlaufende Haltung beobachtet hätten.

* Die rumänische Regierung hat dem „N. W. Tagblatt" zufolge den aus dem Gefängniß in Ismail entwichenen Nihilisten Madimenko, der sich auf rumänisches Gebiet flüchtete, auf Verlangen der russischen Regierung an die russischen Grenzbehörden ausgeliefert. In politischen Kreisen werde diese Nachgiebigkeit der Regierung allgemein mißbilligt, weil die früheren Ministerien ähnliche Auslieferungsbegehren Rußlands jedesmal entschieden ablehnten.

* In der griechischen Kammer wurde eine neuerliche Interpellation eingebracht des Inhalts, ob das Gesetz, betreffend den obligatorischen Unterricht der bulgarischen Sprache an allen Schulen des Fürstenthums, schon von der Sobranje angenommen worden sei. Der Minister des Aeußeren bestätigte diese Thatsache mit dem Bemerken, der diplomatische Agent Griechenlands in Sofia habe seine Vorstellungen erneuert und die Zusage seitens der bulgarischen Regierung erhalten, daß sie der Sobranje in ihrer nächsten Session eine den Griechen günstige Abänderung des Gesetzes beantragen werde. Der Minister fügte hinzu, daß die Action in dieser Sache in erster Linie dem ökumenischen Patriarchen zustehe und daß er sich vorbehalte, dießfalls die nöthigen Schritte zu machen.

* Demgegenüber erfährt die „Agence balcanique" über die Einführung der bulgarischen Sprache an sämmtlichen Schulen Bulgariens, daß das betreffende, von der Sobranje

SLUB
Wir führen Wissen.